

Etatrede SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Treutlein

in der Generaldebatte des Gemeinderats zum Doppelhaushalt 2009/2010 am 21.10.2008

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

Die globale Krise am Finanzmarkt bestimmt auch unsere heutige Debatte. Der Schaden, den verantwortungslose Banker mit spekulativen Geschäften im einst so hoch gelobten freien Markt weltweit angerichtet haben, dieser Schaden ist in seinen Auswirkungen längst nicht absehbar.

Der Kapitalismus zeigt hier seine grässliche gierige Seite und die Zeche werden am Ende die kleinen Leute bezahlen müssen. Die Bundesregierung gebraucht Milliarden, um die Wirtschaft zu retten und einen Flächenbrand zu vermeiden. Die große Koalition hat klar erkannt, dass Wirtschaft Regeln braucht und wir hoffen, dass diese Regeln rasch wieder dazu führen, dass demokratische Kontrolle wirksam wird und auch die Wirtschaft sich dem Primat der Politik unterstellt. Jeder soll in der Demokratie mit seiner Stimme mitbestimmen können. Dies ist nicht die Stunde der Verzagtheit. Ein solide aufgestellter Stadthaushalt ist für die Stadt und ihre Menschen ein Faktor der Stabilität. Deshalb ist Hysterie fehl am Platz und das Konzept der Investitionen für die Menschen unserer regionalen Wirtschaft förderlich.

Das ansteigende Volumen der Investitionen ist mit zusammen 125 Mio. Euro in den nächsten 3 Jahren ein Reutlinger Konjunkturprogramm, ein gutes Fundament für die lokale Wirtschaft. Stadthalle, Altstadtboden, Ortskernsanierungen in Betzingen und Mittelstadt, Kinder- und Familienzentrum im Ringelbach, Energiesparmaßnahmen um nur einige zu nennen, stärken den Standort. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Vergaben so zu lenken, dass die örtlichen Betriebe zum Zug kommen können. Damit wird das Mögliche getan, dem Trend zur wirtschaftlichen Stagnation lokal entgegen zu wirken. Und mit der von der Stadtverwaltung dargestellten Finanzierung wird es gleichzeitig möglich sein, die Verschuldung zu senken. Die SPD trägt die Verantwortung hierfür mit.

Wir können uns glücklich schätzen, dass die Verlockungen riskanter Geldgeschäfte mit dem Tafelsilber der Stadt mit deutlicher Handschrift der SPD an der Stadt vorbei gegangen sind: Unser Kanalnetz ist noch in städtischer Hand.

Wir sind nicht auf die Heilsversprechungen cleverer Manager zu Cross-Border-Leasing-Geschäften mit dem Verkauf und der Rückmietung unserer Infrastruktur hereingefallen und

müssen jetzt darum bangen. Abenteuerlich, was man von den Schwierigkeiten anderer Städte alleine bei der Sanierung dieser verkauften Anlagen hört.

Die SPD bekräftigt die städtische Verantwortung für die Infrastruktur in der Stadt. Wir begrüßen die klaren Worte von Ihnen, Frau Bosch zur Absage an die Privatisierung der Infrastruktur. GWG, Stadtwerke, Kanalnetz, Kläranlagen bleiben in städtischer Hand. Kommunale Daseinsvorsorge ist der demokratisch verhandelte und verantwortete Bereich, dafür wird die SPD kämpfen.

Mancher hier im Rat singt immer wieder das Lied von der Privatisierung, von der Wirtschaft, die alles besser kann. Merken Sie eigentlich nicht, dass sie damit sich selbst, uns Stadträtinnen und Stadträten, ein Zeugnis der Unfähigkeit ausstellen?

Wir stehen zur Kompetenz der Verwaltung, der Amtsleiter, der Bürgermeister und wir setzen auf die kreative Kraft jedes Mitarbeiters im Rathaus und in allen städtischen Unternehmen. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich allen Mitarbeitern danken, für ihren Einsatz, gerade in der Zeit der Konsolidierung. Arbeitsverdichtung hat stattgefunden. Was als Einsparung gedacht war, ging auch zu Lasten der Gesundheit. Das muss ein Ende haben.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die pauschale Personalreduzierung beendet wird. Nicht um in die Vollen zu gehen, nein, aber um das Nötige zu tun, was zur Bewältigung der Aufgaben erforderlich ist. Wir sehen uns hier in der Verantwortung für die Mitarbeiter und die Aufgabenbewältigung.

Reutlingen hat sich verändert. Die Prioritäten liegen in den Bereichen Kinder, Familien, Bildung und Kultur. Diese von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Bosch, vorgelegte neue Richtung trägt die SPD voll und ganz mit. Reutlingen ist in Bewegung. Die Veränderungen ergreifen die ganze Stadt. So gewinnen wir die Zukunft. Denn unser größtes Kapital sind gut gebildete und ausgebildete Menschen. Deshalb haben wir die großen Anstrengungen bei den Investitionen in die Gebäude bei den Schulen mitgetragen und wir tragen auch die Folgekosten im Betrieb der Einrichtungen voll und ganz mit. Das ist nicht das Interesse des Einzelnen! Hier geht es um eine solidarische Anstrengung der ganzen Stadt beim Umbau unseres Bildungssystems zur Ganztageschule und zur Ganztagesbetreuung in der Kleinkindbetreuung und in der Vorschulzeit.

Und die SPD ist ungeduldig. Die Anstrengungen müssen noch verstärkt werden. Die Kleinkindbetreuung in unterschiedlichen Formen passt sich den Anforderungen der Eltern an. Es wäre zu wünschen, wenn Betriebe sich hier im verstärkten Maße engagieren würden. Wir haben sehr gute Beispiele erfolgreicher Unternehmen, die Kinderbetreuung im Betrieb

organisieren. Die SPD wünscht sich mehr Beispiele hier in Reutlingen. Herr Bürgermeister Hahn, sie betreiben dies mit Engagement, wir unterstützen Sie dabei.

Wir unterstützen die Elternvereine, welche unverzichtbare Partner bei der Organisation der Betreuung in der Schulzeit sind. Eltern übernehmen die Verantwortung in einem ganz enormen Maße und ohne dieses bürgerschaftliche Engagement wäre der Wandel in der Stadt nicht zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass dies Engagement auch weiterhin trägt. Hier kann die soziale Verantwortung für die Schüler in prekären Lebenslagen am direktesten und unbürokratisch wahrgenommen werden.

Wir sind stolz darauf, dass es nach dem Antrag der SPD und von uns angeregten Anhörungen eine einstimmige Antwort des Gemeinderats gegeben hat: Es gibt das Schüleressen für 1 Euro für Kinder mit Gutscheineheft. Bildung ist also wichtiger als der Geldbeutel und das elementare Ziel der SPD wird erreichbar: Chancengerechtigkeit für alle und nicht die Verteilung der Lebenschancen nach der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Die Stadt ist dem Menschen näher als Bund und Land – wir haben es in der Hand unsere Verantwortung für die nächste Generation wahrzunehmen.

Und dazu braucht es noch mehr Anstrengungen. Wir sind nicht am Ziel. Jetzt gilt es die Regelung zu verlängern. Auch unsere Mahnung an den Bund hat Wirkung gezeigt: Es gibt jetzt jedes Jahr ein Starterpaket zum Schuljahresanfang und die Stadt muss nicht in die Bresche springen. Wir fordern weiterhin vom Land, die Stadt bei der Bildung mehr zu unterstützen und Betreuungskosten mit zu übernehmen. Das Kinderland Baden-Württemberg ist derzeit nur schöner Schein.

Die Kleinkindbetreuung und die Vorschulerziehung sind die stärksten Wachstumsbereiche im Stadthaushalt. Das Kultusministerium hat den Orientierungsplan für die Kinderbetreuung erlassen. Die Vorschulzeit ist also Bildungszeit und das Kultusministerium schreibt Fortbildungskurse für die Erzieherinnen vor.

Die Bundesbildungsministerin Schavan fordert ein Hochschulstudium für die Erzieherinnen. Es geht um Bildung und Familienministerin von der Leyen hat hier in Reutlingen die Bedeutung dieser Einrichtungen betont.

Kultusminister Rau hat das Projekt schulreifes Kind gestartet. Jedes Kind soll gleiche Startchancen für die Schule bekommen.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen dies seit Jahren und fordern daher, dass die Kindergartenzeit kostenfrei sein muss. Die Vorschulzeit gehört zur Bildung, hier besteht **jetzt** Handlungsbedarf, wir wollen deshalb die Kostenfreiheit.

Mit der Abschaffung des Schulgeldes und dem Artikel 14 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg wurde der Anfang gemacht. Auch die Vorschulzeit soll verpflichtende Bildungszeit werden. Länder wie das Saarland, Rheinland-Pfalz, aber auch Städte wie Heilbronn und Heidenheim haben es begonnen.

Wir fordern das kostenfreie Kindergartenjahr im Jahr vor der Einschulung.

Bildung ist keine Ware, sondern gesellschaftliche Verpflichtung. Gute Worte reichen auf die Dauer nicht aus. Die Landesregierung nimmt die Eltern in die Pflicht. Deshalb fordern wir gleichzeitig, dass das Land sich an den Kosten beteiligt.

Meine Damen und Herren, für die SPD ist der Sozialetat ein Aktivposten, eine Investition in die Menschen, um Erfolg und Unabhängigkeit zu fördern. Wir wollen, dass die Menschen mit aufrechtem Gang durch die Stadt gehen und stolz darauf sind, dass einem hier geholfen wird. Die soziale Stadt ist eine Idee, welche die Befreiung zum Ziel hat. Deshalb fordern wir das Engagement des Einzelnen heraus.

Reutlingens Mitte glänzt nicht alleine. Unsere Bezirksgemeinden tragen zur Attraktivität unserer Stadt bei. Der Ort stiftet Identität und erhält den sozialen Zusammenhalt. In der Folge der Haushaltskonsolidierung wurde manches auf die lange Bank geschoben. Die SPD hört die mahnenden Erinnerungen aufmerksam. Wir werden prüfen, was sich noch tun lässt um die Mitte in den Orten zu gestalten.

Wir werden nicht zulassen, dass in unseren Vororten z.B. Küchen vom WKD geschlossen werden müssen. Auch dafür braucht es Haushaltsmittel.

Nach dem Debakel des Kultur- und Kongresszentrums hat der jetzige Gemeinderat unter der Federführung von Oberbürgermeisterin Barbara Bosch mit großer Mehrheit eine Konzeption für die Kultureinrichtungen in der Stadt geschaffen. Dieser Haushalt verwirklicht diesen Auftrag. Das soziokulturelle Zentrum Franz.K ist im Bau, noch dieses Jahr werden wir einweihen und im neuen Haushalt sind die Betriebskosten etatisiert. Die SPD steht zu diesen Ausgaben.

Die neue Stadthalle ist beschlossene Sache. Die Ausgaben für die Fachplanungen werden getätigt und im Doppelhaushalt sind die ersten Raten für den Bau eingestellt. Die Stadthallenrücklage wird herangezogen.

Nach langer Diskussion und einer Auszeit, welche die CDU ganz offensichtlich gebraucht hat, wurde der Theaterstandort für unser Reutlinger Theater die Tonne beschlossen. Jetzt wird

geplant und die Sanierung wird folgen. Das Theaterjubiläum der Tonne war ein Auftakt für die Kultur in Reutlingen.

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat die Beschlüsse für den Wandel in unserer Stadt gefasst. Mit der gleichen Mehrheit haben wir die Kultur zur Priorität gemacht und die Stadthalle beschlossen.

Zur Verantwortung für diese Ausgaben gehört aber auch die Verantwortung für die Einnahmen. Die Mehrheit des Gemeinderats hat vor zwei Jahren deshalb die Erhöhung der Realsteuern beschlossen. Wir sehen die Wirkung im Haushaltsplanentwurf.

Die Stadt ist bezahlbar und die Schuldentilgung ist möglich. Das ist ein voller Erfolg dieses guten Beschlusses.

IHK und CDU wollen die Gewerbesteuer jetzt wieder absenken. Das Argument der vergleichbaren Städte überzeugt sie nicht. Sie wollen einen billigeren Standort.

1. Die Gewerbesteuer ist auch nach der Reform keine Substanzsteuer. Lassen Sie uns doch redlich bleiben ! Nach Abzug aller Ausgaben wird der Gewinn besteuert!! Und wer durch Tricks versucht, sich arm zu rechnen, der wird daran gehindert. Keine Rede kann davon sein, dass dies den Unternehmen an die Existenz geht. Es geht dem Unternehmer an seinen Gewinn. Aber wer Gewinne hat, kann auch seinen Beitrag zum Gemeinwesen zahlen. Jeder Lohn- und Einkommenssteuerzahler zahlt seine Steuer. Er kann kaum etwas absetzen. Mit 48 Mio. Euro tragen die Einkommenssteuerzahler nahezu gleich viel zum Stadthaushalt bei wie die Gewerbesteuerzahler. Wer jetzt wieder Beschlüsse über den Haufen wirft, setzt sich dem Vorwurf aus, dass er eine kleine Gruppe bevorzugt entlasten will.

2. Die IHK argumentiert, dass sowohl die Einkommenssteuerzahler wie die Gewerbesteuerzahler entlastet werden müssen. Zur Kürzung der Ausgaben der Stadt hören wir jedoch nichts. Also weniger Staat ist die Devise. Also soll der Bürger mehr selber bezahlen.

Auf 33 Mio. Euro addieren sich die Einsparungen im Stadthaushalt in den letzten Jahren: Kürzungen, Aufgabenreduzierungen und Gebührenerhöhungen – das war eine gewaltige Konsolidierungsleistung. Da ist keine Luft mehr drin.

Ich fordere sie auf, Herr vom Scheidt: sagen Sie den Bürgern welche Leistung sie kürzen wollen. Sie selber kritisieren den Zustand der Straßen. Dafür wollten sie 10 Mio. Euro extra aufwenden. Aber das muss bezahlbar sein.

Sie stehen in der Verantwortung. Deshalb übernehmen sie mit uns die Verantwortung für die Stadt. Es gibt erfolgreiche Unternehmer in der Stadt die dies genauso sehen. Diese Unternehmer sehen das größte Kapital in unserer Stadt in den gut ausgebildeten motivierten Menschen, in der guten Infrastruktur und in dem Ausbau, welchen die Stadt stemmt, um den Wirtschaftsstandort Reutlingen zu stärken. Tragen Sie mit uns die Verantwortung für die Finanzierung.

3. Einmütig haben alle Fraktionen den Ausbau der Kinderbetreuung und der Bildungseinrichtungen beschlossen. Das hat Konsequenzen. Die Folgekosten stehen im Haushalt. Die Landesregierung trägt hierzu nur den kleinsten Teil bei. Das IZBB-Programm mit 90 %-iger Finanzierung ist ausgelaufen.

Das nachfolgende Landesprogramm zeigt sich auch hier wiederum knausriger. – das ist das Bildungsland Baden-Württemberg - Und gerade die Bildungseinrichtungen und die Betreuungseinrichtungen sind ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung. Die Arbeitnehmer müssen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder haben. Darauf setzen Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe. Wir sind uns einig, dass Kinderfreundlichkeit das gemeinsame Ziel aller Fraktionen ist. Oder wollen sie die Mütter zurück an den Herd schicken?

Wer aber von der Stadt die Betreuungseinrichtungen erwartet, der muss dafür auch einen Beitrag bezahlen. Auch dieser Standortvorteil kommt der Wirtschaft zu Gute. Deshalb fordert die SPD alle Fraktionen auf, die Kosten mitzutragen. Wir brauchen die erhöhten Realsteuern.

4. Die Fraktionen haben Briefe von einzelnen Unternehmen erhalten, in denen mit der Abwanderung in die Region gedroht wird, wenn die Gewerbesteuer steigt. Ich frage die CDU ob sie diese Erpressung der Stadt unterstützen will. Reutlingen ist Großstadt. Hier werden Leistungen für die ganze Region erbracht die bezahlt werden müssen. Wir finanzieren die Hälfte des Kreisetats.

Schauen sie die Kinderbetreuung in den Umlandgemeinden an. Wo gibt es eine Stadtbibliothek. Auch die Wirtschaft profitiert von der Aus- und Weiterbildung durch die Volkshochschule und ein gutes Konzert gibt es in unserer Stadt weil wir mit Millionen die Philharmonie finanzieren.

Hier wird die Stadthalle gebaut. Ich erinnere die CDU ans Kultur- und Kongresszentrum. Damals war die Erhöhung der Gewerbesteuer im Gespräch, um den Abmangel des KKR zu finanzieren. Wo bleibt Ihre Solidarität mit unserer Stadt. Meine Damen und Herren, die SPD fordert genau dieses:

Ein klares Bekenntnis zur Verantwortung für unsere Stadt.

5. Die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit. Seit Jahren diskutieren wir das Steuerthema. Kein Unternehmer wandert aus Stuttgart ab, weil dort die Gewerbesteuer so hoch ist. Jeder rechnet damit. Also lassen sie uns die Debatte beenden. Die jetzige Erhöhung ist ein gutes Maß. Nach der Gewerbesteuerreform sind die Steuern insgesamt gesunken. Mit dem neuen Prozentsatz erhält die Stadt den angemessenen Beitrag. Wir fordern den Gemeinderat auf, hier zu seiner Verantwortung zu stehen.

Mehr Kapitalismus wagen hat der CDU-Politiker Friedrich Merz jetzt sein neues Buch überschrieben. Ich sage ihnen, wir müssen den Kapitalismus in die Schranken weisen - da halten wir es mehr mit Heiner Geißler - und ihm das Regelwerk, das sich „soziale Marktwirtschaft“ nennt, wieder wirkungsvoll an die Seite geben. Denn der Egoismus ist kein guter Ratgeber, wenn es um das Wohlergehen der Gesellschaft geht und das Wohl der Menschen wird nicht durch den Markt geregelt sondern durch die Politik nach kontroverser Diskussion demokratisch bestimmt.

Meine Damen und Herren, die SPD steht zum Entwurf für den Haushaltsplan 2009/2010. Jetzt geht es darum die zukunftsfähige Stadt zu schaffen. Wir stehen in der Verantwortung.